

## Agrarpolitik und Krisenmanagement. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR (1952–1961)



VON  
JENS SCHÖNE

Die Kollektivierung, die Überführung von mehr als 800 000 bäuerlichen Privatbetrieben in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG), hat in der historischen Forschung wiederholt Aufmerksamkeit erfahren. Dennoch sind grundlegende Fragen bis heute offen, sowohl in Bezug auf die politische Entscheidungsfindung als auch in Hinblick auf die sozioökonomischen Auswirkungen. Diesen Fragen widmet sich die inzwischen unter dem Titel „Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft“ in Ch. Links Verlag erschienene Arbeit. Dazu wurden in breitem Umfang bisher unberücksichtigte Quellenbestände erschlossen, etwa im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) sowie in einstigen Bezirks- und Kreisarchiven. Erstmals haben dabei Unterlagen aller administrativen Ebenen der SED sowie der staatlichen Verwaltung Beachtung gefunden. Damit konnten die Durchsetzung der „Vergenossenschaftlichung“ und die daraus resultierenden Folgeerscheinungen auf jeder Stufe des zunehmend zentralistisch organisierten Partei- und Verwaltungsapparates rekonstruiert und so umfassende Erkenntnisgewinne erzielt werden.

Ausgehend von der Beobachtung, dass die zwei entscheidenden Kollektivierungsschübe zeitlich eng mit den existenziellen Herrschaftskrisen des SED-Regimes verknüpft waren, steht die Frage im Mittelpunkt, in welchem Wechselverhältnis sich der Volksaufstand des Jahres 1953 sowie der Mauerbau des Jahres 1961 zur „sozialistischen Umgestaltung“ der Landwirtschaft befanden. Nicht der enge Fokus agrargeschichtlicher Fragestellungen, sondern eine exemplarische Gewichtung der Organisation und Inszenierung von Herrschaft in der DDR leitete somit das Erkenntnisinteresse.

Die Arbeit berücksichtigt die Jahre 1945 bis 1961, der zeitliche Schwerpunkt liegt jedoch auf den Kollektivierungsschüben der Jahre 1952/53 sowie 1959/60. Diese werden in einem ersten Schritt chronologisch dargestellt und anschließend – stets in Bezug auf die jeweilige Krisensituation – einem systematischen Vergleich unterzogen. Ein derartiger Ansatz ermöglicht es, über bisherige Befunde hinauszugehen, denn durch die Kontrastierung beider Transformationsprozesse treten sowohl die Konstanten als auch die Variablen der SED-Politik deutlich zu Tage. Deren genaue Gewichtung erlaubt in einem zweiten Schritt fundierte Aussagen über die sich wandelnde Fähigkeit wie die Bereitwilligkeit der Monopolpartei, auf wachsende Herausforderungen ergebnisorientiert zu reagieren und aus überwundenen Konfliktsituationen Rückschlüsse für die künftige Herrschaftspraxis zu ziehen.

Für jeden der benannten Zeitabschnitte wurde ein Präzedenzfall ausgewählt, anhand dessen die Realisierung und die Auswirkungen der zentral gesteuerten Transformation zunächst auf mikrohistorischer Ebene dargestellt werden: zum einen die frühen, eminent wichtigen Produktionsgenossenschaften des Kreises Seelow (Bezirk Frankfurt/O.) und zum anderen der erste „vollgenossenschaftliche“ Kreis der DDR, der Kreis Eilenburg (Bezirk Leipzig). Dabei ist deutlich geworden: Die Modellbeispiele waren mehr als nur die ersten ihrer Art. Auf Geheiß herausgehobener SED-Funktionäre initiiert, sollten sie Ursache und Wirkung zugleich sein, den politisch gewollten Transformationsprozess nicht nur auslösen, sondern auf dem Wege permanenter Modellübertragung ständig weiter vorantreiben. Diese bewusst gewählte Herrschaftstechnik erbrachte (mit deutlichen Unterschieden zwischen den beiden Kollektivierungsschüben) durchaus Erfolge. Doch trotz ihrer herausragenden Bedeutung für die Kollektivierung zeigen sich auch in Bezug auf die Präzedenzfälle all jene Probleme, die der Kollektivierung in ihrer Gesamtheit anhafteten. Die angestrebte Transformation ließ sich keineswegs stringent durchsetzen, sondern stieß in zahllosen Dörfern auf breite Ablehnung. Deren Formen, ihre Verbreitung und ihre Auswirkungen werden detailliert beschrieben. Denn obwohl es von Anbeginn auch immer Befürworter der „Vergenossenschaftlichung“ gab – hierbei sind insbesondere die wirtschaftlich kaum überlebensfähigen Neubauern zu nennen – war spätestens im Frühjahr 1953 klar, dass die SED-Führung für ihr agrarpolitisches Grundsatzziel keine Mehrheit unter der Landbevölkerung finden würde. Das hatte weit reichende Folgen und gipfelte letztlich im Zwang und in der Unerbittlichkeit des „sozialistischen Frühlings“ im Jahr 1960.

Wie die sich anschließende makrohistorische Analyse zeigt, war die zentrale SED-Führung zu jedem Zeitpunkt treibende Kraft der Kollektivierungspolitik. Im Vergleich dazu kam den regionalen Funktionären und auch der sowjetischen Hegemonialmacht nur sekundäre Bedeutung zu. Weder entstammte die zunehmende Radikalisierung der Jahre 1952/53 Forderungen aus Moskau, noch war der „sozialistische Frühling“ das Ergebnis eines Alleingangs des Rostocker SED-Bezirkssekretärs Karl Mewis. Wie detailliert und auf breiter Quellenbasis aufgezeigt wird, sind diese weit verbreiteten Interpretationen hinfällig. Selbst als die KPdSU-Führung im März 1953 ausdrücklich den Abbruch der Kollektivierung forderte, verweigerten sich die Machthaber in Ost-Berlin einem solchen Schritt. Damit beschworen sie auf dem Lande endgültig jene Konfliktkonstellation herauf, die sich wenige Monate später im Volksaufstand entladen sollte. Die

Demonstrationen in den Städten der DDR stellten aber keineswegs die „Initialzündung“ (Hubertus Knabe) für den Protest in den Dörfern dar – dieser begann deutlich früher, folgte einer eigenen Logik und wird bis heute jedoch kaum wahrgenommen. Dabei war der quantitative Anteil der Landbevölkerung am Volksaufstand erstaunlich hoch. Unter den etwas mehr als 700 Orten, in denen es zwischen dem 16. und dem 21. Juni 1953 zu Protestaktionen kam, waren 300 Dörfer und 114 ländliche Kleinstädte. Somit liegt deren Anteil am Gesamtbestand bei 59 Prozent – schon statistisch greift der noch immer geläufige Begriff des „Arbeiteraufstandes“ also erkennbar zu kurz. Qualitativ lassen sich vor allem drei Erscheinungsformen des ländlichen Aufbegehrens festhalten:

- regional begrenzte Demonstrationen, die in aller Regel in der zugehörigen Kreisstadt organisiert wurden und bei denen Bauern federführend waren (Jessen, Mühlhausen u. a.),
- Demonstrationen, an denen Bauern in größerer Anzahl teilnahmen und dort öffentlich Forderungen stellten (Rathenow, Zossen u. a.)
- Protestaktionen, die innerhalb der Dörfer stattfanden, also lokal begrenzt waren, auf denen jedoch explizit politische Forderungen artikuliert wurden und die zum überwiegenden Teil nur durch das Eingreifen externer Sicherheitskräfte beendet werden konnten (Eckolstädt, Schmergow u. a.).

Selbst unter den Demonstranten in Berlin befanden sich Bauern – in der Studie werden erstmals systematisch und in breitem Umfang Ursachen, Bedingungsfaktoren, Abläufe und Folgen des ländlichen Widerstandes gegen die SED-Diktatur dargestellt.

Wie schon 1952, so resultierte auch der zweite Kollektivierungsschub aus einer Direktive der zentralen SED-Führung. Diese hatte tatsächlich aus den zuvor gemachten Erfahrungen gelernt. Als im Umfeld des V. Parteitages 1958 deutlich wurde, dass die Agrarpolitik wie schon fünf Jahre zuvor vor einem fundamentalen Scheitern stand, entschloss sich die Parteiführung zu einem unzweideutigen Handeln. Der mangelnden Unterstützung für ihre Politik bewusst, verzichtete sie auf eine breite Partizipation der Bevölkerung und vollzog den Abschluss der Kollektivierung von Anbeginn und nahezu ausschließlich als obrigkeitstaatliche Gewaltmaßnahme. Daher kam auch der gesamte Sicherheitsapparat weit zielgerichteter zum Einsatz, als dies noch 1952/53 der Fall gewesen war. Insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit, das auf dem Lande bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, wies 1960 im Rahmen des „sozialistischen Frühlings“ seine Daseinsberechtigung als Garant der Diktatur schlagkräftig nach. Innerhalb von nur drei Monaten wurden etwa 400 000 landwirtschaftliche Produzenten in Produktionsgenossenschaften gezwungen und somit die wichtigste Vorbedingung für eine „sozialistische“ Großraumproduktion erfüllt. Strukturell hatte die SED-Führung mit ihren Bemühungen somit Erfolg, deren Effekte entzogen sich jedoch zunehmend ihrer Kontrolle. Konnte die Nahrungsmittelproduktion 1960 durch eine exzessive Ausbeutung der neu gewonnenen Bestände noch gesichert werden, so zeigten sich im Folgejahr die Negativauswirkungen der „Vergenossenschaftlichung“ in aller Deutlichkeit. Die Produktion brach dramatisch ein, und das nonkonforme Verhalten der Landbevölkerung nahm beständig größere Ausmaße an. Insbesondere unter den Vorzeichen des deutsch-deutschen Systemwettstreits waren die Folgen dieser Entwicklungen nicht abschätzbar. Von einer „kalkulierten Krise“ (Dietrich Staritz), mit der die SED-Führung die Sowjetunion 1961 zum Mauerbau zu treiben versuchte, kann daher mitnichten die Rede sein. Gleichwohl sind die unmittelbaren Wechselbeziehungen zwischen der „Vergenossenschaftlichung“ und dem 13. August 1961 unübersehbar. Mit der Zwangskollektivierung hatte die Monopolpartei versucht, die ökonomischen Realitäten an die Erfordernisse der Ideologie anzupassen. Doch erst eine weitere Zwangsmaßnahme – die endgültige Abriegelung der DDR – erbrachte mittelfristig die gewünschten Ergebnisse. Die diesbezüglichen Zusammenhänge werden in der Studie eingehend dargestellt und analysiert.

Insgesamt kann festgehalten werden: Beide existentiellen Herrschaftskrisen resultierten aus Strukturfehlern der Diktatur, wurden aber durch einen kurzfristig gesteigerten Herrschaftsanspruch der SED-Führung ausgelöst und durch ein verfehltes Krisenmanagement nachhaltig befördert. Der agrarwirtschaftlichen Transformation kam dabei jeweils herausragende Bedeutung zu.

Neben den wirtschafts- und herrschaftsgeschichtlichen Aspekten der Kollektivierung finden ihre sozialen Auswirkungen umfängliche Berücksichtigung. In Ergänzung zu den Fallstudien wird auch innerhalb der chronologischen wie komparativen Kapitel konsequent nach den alltäglichen Auswirkungen der Transformation gefragt. Hierbei wird vor allem deutlich, dass es fortlaufend Abweichungen zwischen der zentral gesteuerten „Vergenossenschaftlichung“ und ihrer konkreten Ausgestaltung in den Gemeinden gab. Die Realität entsprach zu keinem Zeitpunkt den klassenkämpferischen Maximen der Monopolpartei, und dies hatte weit reichenden Einfluss die soziale Praxis der Herrschaftsausübung. Das grundlegende Ziel der SED-Agrarpolitik, die Etablierung einer „sozialistischen“ Großraumwirtschaft konnte dadurch zwar nicht verhindert werden, doch lassen sich insbesondere auf lokaler Ebene zahllose Modifikationen feststellen, die einerseits den Forderungen der landwirtschaftlichen Produzenten entgegenkamen, andererseits die Durchsetzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften überhaupt erst ermöglichten. Sie werden eingehend beschrieben und analysiert und so der grundlegende Wandel der Dörfer als Wirtschafts- und Sozialverband dargestellt.

Die Studie ist im März 2005 unter dem Titel „Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft“ im Ch. Links Verlag erschienen. Die erste Auflage ist inzwischen vergriffen.

DR. JENS SCHÖNE, Jg. 1970; landwirtschaftliche Ausbildung; Studium der Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik in Berlin; August 2001 bis Dezember 2003 Stipendiat der Stiftung Aufarbeitung; Abschluss des Promotionsverfahrens im Juli 2004, Gesamtnote: magna cum laude; 2004 bis 2006 Mitarbeiter der Stiftung

Aufarbeitung, seit 2006 Referent beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; Publikationen zur Geschichte der DDR, u. a.: Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1950/51, Stuttgart 2000; Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, Berlin 2004; Die Landwirtschaft der DDR 1945–1990, Erfurt 2005; Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987, Berlin 2006